

## Keine Kölner Zustände

Durchaus nicht gewohnt, mit der Brechstange durchs Leben zu gehen, bin ich voll und ganz für die Durchsetzungsinitiative der SVP. Der Volkswille sei umzusetzen: Kriminelle Ausländer gehören ausge-

schaft, ohne wenn und aber. Wir wollen bei uns in der Schweiz keine «Kölner» Zustände.  
Christina Mäder, Hünenberg

## Martin Pfister in den Regierungsrat

Wir wählen Martin Pfister, weil er in der Vergangenheit immer ein offenes Ohr für die Anliegen der CVP Frauen hatte. Er politisiert mit Sachverstand und Augenmass und verfügt über einen grossen Erfahrungsschatz. Er bernst weder Schlagwörter noch Polemiken und politisiert fair, konsensorientiert und unabhängig, nicht nur für uns

Frauen, sondern für alle Einwohner des Kantons Zug. Es kann mir nicht egal sein, welche politischen Kräfte im Regierungsrat vertreten sind, denn politische Entscheide beeinflussen unser Leben. Mit Martin Pfister wählen wir einen Politiker, der politische Herausforderungen annimmt und löst.  
Fabienne Raschi, Zug

## Eisbären vermehren sich wie Hasen

Warum nur müssen wir immer wieder die trübsinnigsten Geschichten vom einsamen Eisbären (Ursus maritimus) lesen, der auf einer der letzten Eishöhlen um sein Leben surft? (Zecken statt Eisbären ZW 6.1.16). Dass der putzige Kaut in Berlin sein Leben lassen musste, hat nichts mit dem Klima zu tun, und die wilden Eisbären vermehren sich wie die Hasen. Zählte die Population in den 80er Jahren weltweit noch knapp 10'000 Exemplare, sind es heute weit über 25'000 Tiere. Sie leben eben

nicht vom Eislutschen, sondern ernähren sich gerne von Robben, wenn der Mensch ihnen noch einige übriglässt. Wenn man die ökologische Klimareligion populärer machen will, sollten sich die Propheten im Kampf um den Klimathron doch etwas realistischere Novellen einfallen lassen. Ganz nach dem Motto: Wenn nichts Gescheites mehr einfällt, kann immer noch auf das Klima Rückgriff genommen. Bleiben wir doch bei der Wahrheit.  
Rudolf Betsiger, Oberwil

## Zari Dzaferis Lebenserfahrung

Im Vorfeld der am 17. Januar stattfindenden Regierungsrats-Ersatzwahl für den in den Ständerat gewählten Peter Hegglin ist gelegentlich von sogenannter «mangelnder Lebenserfahrung» des knapp 31-jährigen Zari Dzaferi zu hören. Nur was hat denn da eigentlich Lebenserfahrung? Zari Dzaferi kam als Siebenjähriger aus Mazedonien nach Baar – in eine vollkommen neue Umwelt also, in der zudem eine ganz andere Sprache gesprochen wurde. So war es denn auch nicht erstaunlich, dass er nach der Primarschule zuerst in die Realschule eingeweiht wurde. Doch noch einem Jahr konnte er, dank seines Fleisses und seiner Intelligenz, bereits in die Sekundarschule übertreten. Bloss zwei Jahre später folgten vier Jahre Kantonschule und anschliessend das Studium zum Sekundarlehrer in Luzern. Heute unterrichtet er als solcher in Mémingen. Zari Dzaferi ist, ausser innerer

wieder von der notwendigen Assimilation gesprochen wird, ohne Zweifel ein Vorbild, ist er doch nicht nur seit bald sechs Jahren über die Parteigrenzen hinweg ein geschätztes Mitglied des Kantonsrats oder – um diesbezüglich nur noch ein zweites Beispiel zu nennen – kann der FC Baar schon seit über zwanzig Jahre auf seine aktive Unterstützung zählen. Die nach von Nebenenden sechs Mitglieder des Regierungsrats waren im letzten Jahr im Durchschnitt 53 Jahre alt. Dieser doch eher älteren Garde könnte ein jüngerer Mitglied nur gut tun, das ein paar andere Ansichten einbringt (zum Beispiel zur seltsamen Blüten treibenden Sporthysterie), dem aber andererseits Teamarbeit kein Fremdwort ist. Deshalb empfehle ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, Zari Dzaferi, auch weil ich ihn persönlich kenne, mit Überzeugung zur Wahl in den Regierungsrat.  
Urs Bittelstein, Zug

## Lange Leserbriefe, kurze Leserbriefe

Haben Sie sich auch schon mal gefragt, warum Ihr Leserbrief, den Sie der Zuger Woche per Post oder per E-Mail geschickt haben, nicht erschienen ist? Nun, die Antwort wird wohl lauten, dass er zu lang war. Leserbriefe in der Zuger Woche dürfen die Länge von maximal 2000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) nicht überschreiten. Je kürzer die Einsendungen, umso grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese bei uns publiziert werden. Nur so können wir eine möglichst breite Mei-

nungsvielfalt von und für unsere Leserschaft garantieren. Zudem werden Ihre Leserbriefe nur dann publiziert, wenn sie per Mail geschickt werden und mit vollständigem Absender versehen sind. Im gesellschaftlichen Zusammenleben gibt es Regeln, die man beachten muss. Dabei gibt es solche, für die stellen solche Regeln kein Problem dar und andere, die immer glauben, dass für sie eine Ausnahme gilt. Bei uns gibt es keine Ausnahmen.  
Dany Kammüller, Chefredaktor

# Kriminelle Ausländer

## SVP Ja zur Durchsetzungsinitiative

Stimmen Sie Ja zur Durchsetzungsinitiative, damit kriminelle Ausländer auch wirklich das Land verlassen müssen.

Von Thomas Aeschi

Im Jahr 2010 stimmten die Mehrheit der Stimmbürger und 20 Kantone der Ausschaffungsinitiative zu, damit kriminelle Ausländer aus der Schweiz ausgewiesen und mit einer Einreiseperrne belegt werden. Während CVP und FDP im Nationalrat anfänglich mit der SVP für eine konsequente Umsetzung dieser Initiative stimmten, kippen sie später und folgten dem Sänderat, der eine Umsetzung mit lediglich 500 Ausweisungen pro Jahr beantragte. Der Ausländeranteil bei Tätersdelikten beträgt 58 Prozent, bei schwerer Körperverletzung 50 Prozent, bei Einbrüchen 73 Prozent, bei Vergewaltigungen 61 Prozent und bei Menschenhandel 96 Prozent. 73 Prozent aller Gefängnisinsassen sind Ausländer, was Kosten von Hunderten von Millionen Franken für uns Steuerzahler verursacht. Dieser Entwicklung muss dringend



SVP Nationalrat Thomas Aeschi setzt sich für die Durchsetzungsinitiative ein.

Einhalt geboten werden. Mit der Durchsetzungsinitiative wird ein abgestufter Deliktakatalog eingeführt: Schwere Delikte wie Mord, Vergewaltigung oder Raubüberfälle haben zwingend einen sofortigen Landesverweis zur Folge, nach-

dem die Strafe verbüsst worden ist. Daneben gibt es Delikte, bei denen im Wiederholungsfall eine Landesverweisung verhängt wird. Dazu zählen zum Beispiel Entführung, sexuelle Handlungen mit Kindern oder Gewalt gegen Behörden und Beamte. Die Durchsetzungsinitiative bekräftigt das Verhältnismässigkeitsprinzip, indem es Schweizer Gerichten vorgibt, was verhältnismässig ist und was nicht. Zudem nehmen die Stimmbürger damit ihre verfassungsmässige Kontrolle über die dritte Säule, die Justiz, wahr, welche in der Vergangenheit – aufgrund zu wenig konkret ausformulierten Strafbestimmungen – oft milde mit kriminellen Ausländern umging. Die Annahme dieser Initiative wird sofort zu einem Rückgang von Straftaten durch Ausländer führen, da eine konsequente Ausschaffungspraxis präventiv wirkt. Stimmen Sie Ja zur Durchsetzungsinitiative, damit wir endlich mehr Sicherheit für alle schaffen und kriminelle Ausländer die Schweiz auch wirklich verlassen.

# Mehr Menschen erreichen

## SP Gehen Sie am 17. Januar an die Urne

Als ich letzte Woche auf der Strasse im «Flyer» war, kam ein junger Erwachsener auf mich zu und meinte: «Hey, Zari, Du machst ganz coole Sachen und ich würde gerne für dich stimmen. Kann ich das im Internet tun? Einmal mehr wurde mir bewusst, dass immer noch viele Menschen (vor allem Junge) keinen wirklichen Zugang zur Politik haben.

Von Zari Dzaferi

Herzlich nach den letzten Wahlen im Oktober 2014 habe ich (zusammen mit der SP-Fraktion) den Regierungsrat gebeten, Massnahmen zu prüfen, um die Stimmbeteiligung insbesondere bei Wahlen zu erhöhen. Der bürgerlich dominierte Rat schickte das Postulat jedoch hochab, weil es (wohl) von der falschen Partei kam. Nur wenige Monate später wurde nämlich ein ziemlich gleicher Vorstoss einer CVP-Kantonsrätin an den Regierungsrat überwiesen. Ich freute mich (dennoch), dass sich der Regierungsrat damit beschäftigt



SP Kantonsrat Zari Dzaferi, Baar: «Wir müssen uns überlegen, wie wir mehr Personen an die Urne bringen.»

mass und hoffe, dass sich in diesem Bereich endlich etwas bewegt. Wir sollten uns nämlich ernsthafte Gedanken machen, wie wir mehr Personen an die Urne bringen. Klar

kann man an die Eigenverantwortung der Bürger appellieren. Manchmal braucht es jedoch Anreize, damit mehr Personen ihre Verantwortung wahrnehmen (können). Da hat die öffentliche Hand eine Teilverantwortung. Beispielsweise ist es um der Zeit, die Informationsabläufe des Kantons zu überdenken. Es streben mittlerweile verschiedene technische Möglichkeiten zur Verfügung, um auch andere Generationen zu erreichen. Wieso braucht beispielsweise jemand beruflich informiert zu werden, obschon sie/er praktisch alles nur noch elektronisch erledigt? Wir können die tiefe Stimmbeteiligung als gesellschaftliches Phänomen abkanzeln und uns bei Wahlen und Abstimmungen über eine tiefe Wahlbeteiligung beschweren; oder zumindest versuchen, diesen negativen Trend entgegenzuwirken. Schlussendlich funktioniert eine direkte Demokratie nur, wenn sich möglichst viele Stimmbürger daran beteiligen. Das gilt auch am 17. Januar – gehen Sie wählen, der Demokratie zuliebe!

## Gleichgültigkeit

Wir Secundos können uns noch so gut integrieren, die Gesetze befolgen und uns weiterhin um unseren guten Ruf kümmern. Solange die Gesetze nicht endlich der Realität angepasst werden, sind wir weiterhin in der Gesellschaft einer Minderheit, welche undankbar und respektlos gegenüber der Schweiz, ihren Gesetzen und Bürger/innen vorgeht. Welche Nation lässt zu, dass das eigene Volk von Kriminellen und Gesetzlosen ausgeraubt, der Sozialstaat mitschmeisst und dessen Bürger/innen als Opfer gedemütigt

werden? Die Gleichgültigkeit gegenüber Kriminellen endet oft vor den Türen des eigenen Übels. Als souveräner Staat sind wir nicht der Europäischen Union (EU) verpflichtet, sondern nur dem eigenen Volk und dessen Wohlergehen. Aus Fehlern der anderen klüger zu werden, ist eine Eigenschaft, die wir in der heutigen Zeit mehr denn je verinnerlichen sollten. Die Ausschaffung jener Ausländer und Ausländerinnen, die unserem Ruf schaden, ist ein Akt der Nächstenliebe. Gegenüber allen moralischen und

vorbildlichen Bürgern der Schweiz, insbesondere allen Ausländern, die in der Schweiz einen menschenwürdigen und wichtigen Beitrag leisten. Sich integriert haben und die Gesetze und Gepflogenheiten respektieren, ohne dabei die eigene Herkunft zu verleugnen. Ihnen gilt unsere Wertschätzung und Anerkennung. Jene Seite, der wir mehr Beachtung schenken, fördern wir zugleich auch. Darum stimme ich am 28. Februar klar mit Ja zur Durchsetzungsinitiative.

Niko Trüb, Zug